



PRESSEMITTEILUNG

16. März 2016

Umsetzung der Alternativplanung zum Rückbau der L 600 gestartet

Regierungspräsidentin Nicolette Kressl hat heute (Mittwoch, 16. März 2016) den Startschuss zur Umsetzung der Alternativplanung für den Rückbau der ehemaligen L 600 gegeben. Bei einem ersten „Jour fixe“ im Rathaus von Sandhausen trafen sich Vertreter der betroffenen Kommunen, der Naturschutz- und der Forstverwaltung und der Naturschutzverbände.

„Sehr wichtig ist uns eine transparente und gute Information der Öffentlichkeit“, betonte Nicolette Kressl. Mit dem „Jour fixe“ solle die partnerschaftliche Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Maßnahmen fortgeführt und vertieft werden, so die Regierungspräsidentin.

Dr. Jost Armbruster vom Referat Naturschutz und Landschaftspflege des Regierungspräsidiums Karlsruhe, der das Projekt koordiniert, stellte die vier Module der Alternativplanung vor. Es handelt sich um Maßnahmen am Galgenbuckel bei Sandhausen, am Hirschacker in Schwetzingen und in der Umgebung der B 535 auf Heidelberger Gebiet. Größte vorgesehene Maßnahme ist die Auflichtung und Entwicklung von Sandrasen an der Sandhausener Düne am Brühlweg. Vorbereitende Arbeiten für die Unterschutzstellung dieses Gebiets laufen bereits. Die Öffentlichkeit wird vor und während der Umsetzung konkreter Maßnahmen und selbstverständlich auch begleitend zum Schutzgebietsverfahren informiert und einbezogen, lautet die Zusage aus Karlsruhe.

Im Anschluss an die Diskussion besuchten die Teilnehmer das bestehende Naturschutzgebiet „Sandhausener Düne – Pferdtrieb“. Im Südteil dieses Naturschutzgebietes kann man sehen, wie sich die Düne am Brühlweg in den kommenden Jahren entwickeln soll.

Hintergrund:

Anlass für den geplanten Rückbau der L 600 bei Sandhausen war der Neubau der B 535. Der Planfeststellungsbeschluss für die B 535 vom 13. Juli 1989 wurde 1997 bestandskräftig. Die Straße wurde am 4. Mai 2000 dem Verkehr übergeben, der Bund als Vorhabenträger war damit verpflichtet, den Rückbau der L 600 vorzunehmen. Die Gemeinde Sandhausen hingegen wollte diese Straße erhalten und stattdessen ein alternatives Ausgleichskonzept erarbeiten. Mit Unterstützung des Regierungspräsidiums wurde 2010 eine solche Ausgleichsplanung vorgelegt. Gegen diese wurde jedoch eine von zahlreichen Bürgern unterstützte Petition beim Petitionsausschuss des Landtages eingereicht, zugleich mit einer Petition der Naturschutzverbände, die das Alternativkonzept unterstützten. Auf Vorschlag des NABU wurde nach diesem erneuten Stillstand ein neuer Kompromiss gefunden und ein modifiziertes Ausgleichskonzept erarbeitet, das auch nach Empfehlung des Petitionsausschusses weiterverfolgt werden sollte. Nach langen Verhandlungen konnte im Sommer 2015 ein unter der Federführung des Regierungspräsidiums Karlsruhe erarbeiteter öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen den beteiligten Gemeinden, der Straßenbauverwaltung und dem Regierungspräsidium abgeschlossen werden, der die Umsetzung dieses letzten Alternativkonzepts regelt. Daraufhin hat der Landtag mit Beschluss vom 18.2.2016 das anhängige Petitionsverfahren abgeschlossen und die Petition für erledigt erklärt.

Bildunterschrift:

Regierungspräsidentin Nicolette Kressl (links im Bild) gibt den Startschuss für die Umsetzung der Alternativplanung. Das Bild zeigt sie mit Vertretern der betroffenen Kommunen, der Naturschutz- und der Forstverwaltung und der Naturschutzverbände.